

UN Finally Urges Japan to Do More for Health

Quelle: <http://akiomatsumura.com/2012/11/un-finally-urges-japan-to-do-more-for-health.html>

Autoren: Akio Matsumura, Chris Cote

Sprache: Englisch, 26. November 2012

Übertragung nach der Originalquelle ins Deutsche: www.afaz.at (ho,ak,lg)

UN verlangt endlich von Japan, mehr für die Gesundheit zu tun

Tage, nachdem die Welt-Gesundheits-Organisation die Gesundheitsgefährdung in Fukushima heruntergespielt hatte, wies der Sonderbeauftragte für das Grundrecht auf Gesundheit, Anand Grover, [nachdrücklich darauf hin](#), dass die japanische Regierung für die Gesundheit der Bevölkerung verantwortlich ist und dementsprechend mehr Aktivität an den Tag legen sollte. Nach Abschluss einer 11-tägigen Tour durch die Präfektur Fukushima und andere in Mitleidenschaft gezogene Landstriche ermahnte er die Regierung, dass sie doch eine aufmerksamere und aktivere Haltung bezüglich der Gesundheitsbelange im Zusammenhang mit der Atomkatastrophe von 2011 einnehmen sollte.



UN-Sonderbeauftragter Anand Grover

Er kam zu folgenden Schlüssen:

„Sehr geehrte Damen und Herren und Vertreter der Presse, während meines Besuchs habe ich unter anderem von betroffenen Einwohnern gehört – und zum Teil habe ich das auch von behinderten Personen, jungen Müttern und schwangeren Frauen, Kindern und älteren Personen gehört –, dass sie bei Entscheidungen, die sie betrafen, nichts mitzureden hatten. Das Recht auf Gesundheit, wie in den Vereinbarungen festgelegt, verlangt vom Staat, dass die Teilnahme aller Kommunen an den Entscheidungen, von denen diese betroffen sind, garantiert sein muss. Das bedeutet, dass die betroffenen Menschen in den Entscheidungsprozess eingebunden werden müssen, aber auch in Umsetzung, Überprüfung und Rechenschaftslegung. Eine Teilnahme würde nicht nur den Entscheidungen ganzheitlich zu Gute kommen, sondern zudem das Vertrauen der betroffenen Gemeinschaft in die Regierung stärken. Das ist auch wichtig, wenn es darum geht, Normalität nach dem Desaster möglichst effektiv wiederherzustellen.

Ich fordere die Regierung auf sicher zu stellen, dass die betroffenen Menschen, insbesondere die gefährdeten Gruppen, voll in den Entscheidungsfindungsprozess eingebunden werden. Das sollte unter anderem ihre Beteiligung an der Konzeption des Gesundheitsmanagements, an den Entscheidungen über Evakuierungen und an der Durchführung der Dekontaminierung einschlie-

ßen. In diesem Sinne begrüße ich das Inkrafttreten des Gesetzes über Schutz und Hilfe für die Kinder und andere Opfer des TEPCO-Desasters im Juni 2012, das die Rahmenbedingungen der Hilfe und Fürsorge für die Menschen sicherstellt, die von der Atomkatastrophe betroffen sind. Das Gesetz wurde bis jetzt nicht umgesetzt. Ich fordere die Regierung auf, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, damit das Gesetz in die Tat umgesetzt wird. Das wäre eine gute Gelegenheit für die Regierung, ihre grundsätzliche Politik und die untergeordneten Richtlinien mit der uneingeschränkten Beteiligung aller betroffenen Kommunen zu entwickeln. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich danke ihnen.“

Grovers Empfehlungen an die Regierung sind höflich formuliert. Er bemerkt wiederholt in seinem Bericht, dass Experten die Situation in ihrer gesamten Tragweite mit großer Wahrscheinlichkeit nicht erfassen können und das meiste an hilfreicher Information von den örtlichen Kommunen kommt. Diese müssen in die Entscheidungen und Reformprozesse eingebunden werden, fügt er hinzu.

Allerdings – Tage, bevor dieser Bericht veröffentlicht wurde, erhielt ich eine Stellungnahme von Kaoru Takano, einer viel versprechenden jungen Führungskraft aus dem Mitarbeiterstab des Bürgermeisters von Sapporo.

Sowohl Grover als auch Dr. Caldicott haben erläutert, dass erst drei bis fünf Jahre nach der Strahleneinwirkung Fälle von Schilddrüsenkrebs zu erwarten sind, sodass die Bevölkerung bis jetzt noch nicht, schockiert durch die Krebsfälle, in Aktion getreten ist. Takano zweifelt daran, dass sich die öffentliche Aufmerksamkeit von alleine auf diese Gesundheitsrisiken richten wird:

„Lieber Herr Matsumura,

*Dr. William S. Clark von der Landwirtschaftlichen Hochschule in Sapporo (jetzt Universität von Hokkaido) hat einst gesagt: „Leute, macht weiter!“ Ich hoffe, dass sich Hokkaido im Sinne dieses Mottos mit Begeisterung daran machen wird, Japan aus dieser Krise zu retten. **Leider – und das weiß ich aus eigener Erfahrung – kann ich nicht erkennen, dass es in der breiteren Öffentlichkeit so etwas wie einen Sinn für die herrschende Notlage im Hinblick auf Strahlung und Strahlenbelastung gibt. Unter solchen Umständen kann ich ganz einfach nicht erwarten, dass irgendwer irgendeine Initiative ergreifen wird.** (Hervorhebung – Ed.)*

Die TPP [Trans-Pacific Partnership] und die Verbrauchssteuer sind die Hauptthemen im laufenden Wahlkampf um das Repräsentantenhaus. Die Kandidaten gehen der Diskussion um das Strahlenproblem aus dem Weg und es scheint, dass die Kinder von Fukushima nicht zu ihren Wahlkampfthemen passen.

Das Trümmerfeld, das durch die Explosionen in den Reaktorgebäuden 1 bis 4 auf der Atomanlage von Fukushima entstanden ist, und die Reaktoren selbst werden meistens vernachlässigt. Niemand hat bis jetzt Anstrengungen unternommen, wirkungsvolle Schutzvorrichtungen – wie es etwa der Sarkophag in Tschernobyl ist – anzugehen.

Nach der Kernschmelze wurde das Material im Containment ganz einfach unter Wasser gesetzt, aber dieses radioaktive Material leckt weiterhin aus den undichten Containments. Gelegentlich hört die Öffentlichkeit davon, dass radioaktives Wasser entweicht und in den Ozean rinnt, aber das allgemeine Interesse an dieser Sache scheint zu schwinden.

Im Gegensatz zu vielen europäischen Ländern mit gemeinsamen Landesgrenzen ist Japan ein Inselstaat. So fürchte ich, dass das Ausland gegenüber unserer Situation die Haltung einer unbeteiligten „dritten Person“ eingenommen hat. Ich befürchte, die Isoliertheit Japans vermindert die Sensibilität für die Auswirkungen auf andere Länder, was ihm erlaubt, seine Agonie stillschweigend fortzuführen. Wenn der Ozean eines Tages radioaktiv schwer verseucht sein wird, werden sich vielleicht andere Staaten aufrufen, Japan zum Handeln zu zwingen. Ich befürchte, dass Japan und andere Länder den Ernst der Lage nicht erkennen, bis es wirklich kritisch wird.

Wir hier in der Stadt Sapporo erwarten uns jetzt und in Zukunft nichts von der japanischen Zentralregierung [in Tokyo]. Wir als Kreis-Verwaltung werden weiterhin alles versuchen, um die Kinder in und um Fukushima zu retten. Wir, die Menschen dieses Landes, setzen weder auf die japanische Regierung, die Massenmedien noch auf die Mitglieder des Parlaments. Wir werden uns weiterhin mit der einer bevorstehenden Notsituation angemessenen Dringlichkeit der Aufgabe annehmen.“

Takanos Energie regt zu weiteren Schritten an. Die Kommunen müssen mit dem Handeln anfangen, aber sie brauchen ehrliche und unabhängige Unterstützung – und das liegt in der Verantwortung der Presse. Unser Dank gilt Herrn Grovers exzellentem Bericht und seinem Auftreten bei den Vereinten Nationen. Die [Washington Post](#) berichtet, wie wenig die Gesundheitsbelange der Kinder beachtet und untersucht werden. Aber es sollte die Aufgabe der Medien sein, diese Geschichten rechtzeitig zu Tage zu fördern, nicht erst, nachdem die UNO die Vorarbeit geleistet hat.

Warum haben die japanischen Medien nicht diese zentrale Rolle in Japans Demokratie gespielt? Wo ist das vorrangig investigative und unabhängige Berichten zu finden?

In Japan gibt es einen Hang zum Gruppendenken. Viele tadeln TEPCOs jämmerliche Handhabung des Desasters auf Basis einer bevorzugten Beziehung zur Regierung. Diese politische und soziale Kultur, die so etwas zulässt, wird von Kiyoshi Kurokawa, dem Leiter der unabhängigen parlamentarischen Untersuchungskommission zum Fukushima Desaster, folgendermaßen beschrieben: „Die fundamentalen Gründe sind in den eingefleischten Konventionen der japanischen Kultur zu finden: unser reflexartiger Gehorsam, unsere Abneigung, Autoritäten zu hinterfragen; unsere Hingebung an das 'Verbundensein mit dem Programm'; unsere Freude am Gruppenzwang und unser Inseldasein.“

Die Medien entkommen dieser Tendenz nicht. In seinem Buch *Verlorene Glaubwürdigkeit: Die Krise im japanischen Zeitungsjournalismus nach Fukushima* sagt Martin Fackler, seit 2009 BÜroleiter der New York Times in Tokyo, dass jene Verhältnisse, die die geheimen Absprachen zwischen TEPCO und der Regierung zulassen, auch für die japanischen Presseleute zutreffen. Die Presseleute arbeiten wie exclusive Clubs und stützen sich viel zu sehr auf Regierungsquellen. Beides führt zu einem eingeschränkten Horizont und zum Mangel an investigativen Berichten.

Leider wird es unzählige Kinder mit Schilddrüsenkrebs brauchen, damit es eventuell zu so etwas wie einem öffentlichen Aufschrei kommt. Nur eine weitere Krise wird die Politiker und die Medien aus ihrem Schlaf reißen. Die Fügsamkeit gegenüber wirtschaftlichen Interessen hat die Bevölkerung einer gewaltigen gesundheitlichen Bedrohung ausgesetzt. Und trotz so mancher guten Ansätze, der hemmende Geist der Bürokratie hat – die Washington Post hat vermerkt, dass Grovers Endbericht nicht vor Juni 2012 fertig sein wird – schon für Verzögerung gesorgt.

Die Stimme der jüngeren Generationen und die Betroffenen fordern auch weiterhin eine Lösung, aber die, die in Japan an den Hebeln der Macht sitzen, verharren weiter im Starrsinn.

Dieses Schriftstück steht unter GFDL, siehe www.gnu.org/licenses/old-licenses/fdl-1.2.html. Vervielfältigung und Verbreitung - auch in geänderter Form - sind jederzeit gestattet, Änderungen müssen jedoch mitgeteilt werden (email: afaz@gmx.at).

www.afaz.at November 2012 / v1